

Niederschrift

über die Sitzung am Dienstag, 24.09.2013
im Kreishaus Borken, Kreisausschuss-Sitzungssaal (Raum 2181)

Beginn: 17:00 Uhr
Ende: 18:50 Uhr

Anwesend:

Vorsitz:

Barbara Büscher Stadtlohn

Mitglieder:

Bernadette Aehling	Borken	
Dr. Mariele Averkamp	Reken	
Arno Berning	Raesfeld	
Uwe Fleischhauer	Legden	Vertretung für Frau Marita Wagner
Martin Huesmann	Ahaus	
Günter Kendzierski	Gronau	
Anne König	Borken	Vertretung für Frau Silke Sommers
Herbert Krause	Gronau	
Elisabeth Lindenhahn	Raesfeld	Vertretung für Frau Ursula Schulte
Manfred Mäteling	Isselburg	
Reimar Ohström	Gronau	
Stephanie Pohl	Gescher	
Peter Schemitzek	Gronau	
Gerti Tanjsek	Bocholt	Vertretung für Frau Uta Röhrmann
Christel Wegmann	Rhede	
Andreas Wethmar	Vreden	Vertretung für Herrn Josef Leinen

Gäste:

Dr. Heinrich Render Ahaus

Vertreter/innen der Verwaltung:

Dr. Ansgar Hörster
Norbert Nießing
Annette Scherwinski
Matthias Krügel
Karin Ostendorff
Jürgen Bietenbeck

Erledigung der Tagesordnung:

Vorsitzende Büscher eröffnet um 17:00 Uhr die Sitzung und begrüßt die Erschienenen. Sie stellt fest, dass ordnungsgemäß geladen wurde und der Ausschuss beschlussfähig ist.

Einwendungen gegen die Tagesordnung sowie die Niederschrift der letzten Sitzung werden nicht erhoben.

Sie bittet darüber hinaus die SPD-Fraktion, Frau Schulte Glückwünsche aus dem Gremium zu ihrer Wahl zur Bundestagsabgeordneten auszurichten.

**Punkt 1: Bestellung eines stellvertretenden Schriftführers
Vorlage: 0188/2013**

Berichterstatter: Herr Nießing

Herr Nießing erinnert daran, dass man Herrn Ritter in der vorletzten Sitzung verabschiedet habe. Herr Krügel sei sein Nachfolger. Insoweit solle er auch als stellvertretender Schriftführer bestellt werden.

Vorsitzende Büscher lässt über den Beschlussentwurf abstimmen.

Beschluss: einstimmig

Matthias Krügel wird zum stellvertretenden Schriftführer des Ausschusses für Arbeit, Soziales und Gesundheit bestellt.

**Punkt 2: 1. Controllingbericht 2013 für die Fachbereiche 50 - Soziales - und 53 - Gesundheit
Vorlage: 0189/2013**

Berichterstatter: Herr Nießing
Frau Scherwinski

Herr Nießing erläutert die Ergebnisse des 1. Controllingberichtes 2013 zum **Budget 01 – Soziales**. Er macht dabei darauf aufmerksam, dass es bei den Transferaufwendungen zum Produkt 01.01.01 – Hilfen zum Lebensunterhalt, zur Gesundheit und sonstige Hilfen anstatt - 22.200.000 lediglich 2.200.000 heißen müsse.

Hinsichtlich der Ausführungen zu dem Bereich der Integrationshelfer, Produkt 01.02.01 Hilfen bei Behinderung, bittet Frau Lindenhahn um eine Aufbereitung des Themas insbesondere im Hinblick auf Poolösungen. Herr Krause bittet ergänzend hierzu um Aussagen bezüglich der Anforderungsprofile bei den Integrationshelfern.

Herr Dr. Hörster sagt zu, dieses Thema aufzubereiten. Es gehöre zu den Kernbestandteilen der Inklusionsplanung. Diese werde vom Ausschuss für Arbeit, Soziales und Gesundheit mit begleitet werden. Zu den Anforderungsprofilen sei der Landesgesetzgeber gefragt, Standards vorzugeben.

Zu dem Bereich Leistungen für Bildung und Teilhabe – Produkt 01.05.01 – weist Herr Nießing darauf hin, dass sich das Land Nordrhein-Westfalen als einziges Bundesland gegen eine Spitzabrechnung verwehre. Ein diesbezügliches Schreiben der Bundesarbeitsministerin

Frau Dr. Ursula von der Leyen vom 12.09.2013 an den Minister für Arbeit, Integration und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen, Herrn Guntram Schneider, ist als Anlage 1a der Niederschrift beigelegt. Ebenfalls haben die Landräte und der Oberbürgermeister aus dem Münsterland nochmals ein gemeinsames Schreiben an Minister Schneider in dieser Sache gerichtet; dieses Schreiben ist als Anlage 1b beigelegt.

Frau Scherwinski erklärt für das **Budget 04 – Gesundheit**, dass es bis auf die Zunahme der Prüfung von Außengutachten keine wesentlichen Veränderungen gebe.

Vorsitzende Büscher lässt über den Beschlussentwurf abstimmen.

Beschluss: einstimmig

Der Ausschuss für Arbeit, Soziales und Gesundheit nimmt die Ergebnisse des 1. Controllingberichtes für die Fachbereiche 50 – Soziales – und 53 – Gesundheit – zum 30.06.2013 zur Kenntnis.

Punkt 3: Antrag des Caritasverbandes für die Dekanate Ahaus-Vreden e.V. zur Förderung eines Projektes "Energiespar-Check"
Vorlage: 0193/2013

Berichterstatter: Herr Nießing

Herr Nießing erläutert die Idee des Projektes und informiert darüber, dass auf Bundesebene das Projekt als „Stromsparmcheck“ laufe. Besonderheit sei hier die Evaluation des Projektes und seiner Ergebnisse.

Anschließend erfolgt eine breite Diskussion, wobei sich jedoch sämtliche Fraktionen letztendlich für das Projekt aussprechen.

Diskussionspunkte sind insbesondere:

- Einbeziehung der Stadtwerke
- Eruiierung der großen Stromverbraucher (z. B. alte Kühlschränke, Durchlauferhitzer)
- Einwirkungsmöglichkeiten auf das Verbraucherverhalten (Freiwilligkeit, Überzeugungsarbeit)
- Wahl des richtigen Stromanbieters bzw. -tarifs
- Kontaktabbau über die Fallmanager im Jobcenter
- Quote der Inanspruchnahme, regionale Verbreitung und tatsächliche Energieeinsparung als Evaluationskriterien
- Fortführung der Maßnahme nach Projektende
- Schaffung von Arbeitsplätzen im Rahmen des SGB II bei Erfolg des Projektes.

Herr Dr. Hörster erklärt hierzu, dass die Verwaltung die gemachten Anregungen als Prüfauftrag mitnehme.

Vorsitzende Büscher lässt über den Beschlussentwurf abstimmen.

Beschluss: einstimmig

Der Ausschuss für Arbeit, Soziales und Gesundheit stimmt der Förderung des Projektes „Energiespar-Check“ zu.

**Punkt 4: Tätigkeitsbericht der Aufsichtsbehörde nach § 16 Abs. 3 des Gesetzes über das Wohnen mit Assistenz und Pflege in Einrichtungen (Wohn- und Teilhabegesetz - WTG) NW für die Jahre 2011 und 2012
Vorlage: 0194/2013**

Berichterstatte(r)in: Frau Ostendorff

Frau Ostendorff erläutert noch einmal kurz den Inhalt des Tätigkeitsberichts und stellt sich anschließend den Fragen des Ausschusses.

Ergänzend ist festzustellen, dass sich auch im Kreis Borken in Zukunft die Anbieterlandschaft (große private Anbieter) und die Art der Betreuung (Zunahme von Wohngemeinschaften) verändern werden.

Vorsitzende Büscher lässt über den Beschlussentwurf abstimmen.

Beschluss: einstimmig

Der Ausschuss für Arbeit, Soziales und Gesundheit nimmt den Tätigkeitsbericht der Aufsichtsbehörde nach § 16 Abs. 3 WTG NW zur Kenntnis.

Punkt 5: Mitteilungen der Verwaltung

Punkt 5.1: Zwischenbericht zum "Praxismonat zum Thema Allgemeinmedizin im Kreis Borken"

Frau Scherwinski gibt mit Hilfe einer Powerpoint-Präsentation einen kurzen Zwischenbericht über den aktuell stattfindenden Praxismonat zum Thema Allgemeinmedizin im Kreis Borken. Es gebe deutlich positive Rückmeldungen. Die Evaluation hierzu werde in der nächsten Ausschusssitzung vorgestellt. Hierbei werde auch die Frage beantwortet werden müssen, ob das Projekt fortgesetzt werde. Falls sich der Ausschuss dazu entschlüsse, werde der nächste Durchgang im März 2014 stattfinden. Ein Bewerber hierfür habe sich bereits gemeldet.

Die von Frau Scherwinski gezeigten Folien sind als Anlage 2 der Niederschrift beigefügt.

Punkt 5.2: Menschen mit psychischer Erkrankung im SGB II

Frau Scherwinski weist darauf hin, dass das am 22.05.2012 verabschiedete Handlungskonzept „Menschen mit psychischer Erkrankung im SGB II“ vorsehe, einen dritten Arbeitstrainingsstandort im Kreis Borken aufzubauen.

Inzwischen würden zwei Träger, Haus Hall und die BBS, diesbezüglich Kooperationsgespräche führen. Geplanter Standort sei Ahaus. Über den Umsetzungsstand der Handlungsempfehlungen werde in der kommenden Sitzung detailliert berichtet.

Punkt 5.3: Kontakt- und Beratungsstellen für Menschen mit psychischen Erkrankungen

Frau Scherwinski informiert darüber, dass in Bocholt eine vierte Kontakt- und Beratungsstelle für psychisch kranke Menschen neben den Stellen in Gronau, Rhede und Velen eingerichtet werden soll.

Hierzu und zu einem Handlungskonzept „Kontakt – Freizeit – Tagesstruktur für Menschen mit psychischen Erkrankungen“ werde die Psychiatriekoordinatorin Frau Wantia in der nächsten Ausschusssitzung berichten.

Punkt 5.4: Mitteilung in der Presse über Masernausbruch

Frau Scherwinski erklärt zu dem in der Presse mitgeteilten Masernausbruch in Steinfurt, dass ein solcher im Kreis Borken nicht stattgefunden habe. Ursächlich sieht sie hier den guten Durchimpfungsgrad im Kreis Borken. So seien 95% der eingeschulten Kinder gegen Masern geimpft. Informationen über andere Altersgruppen lägen nicht vor, doch könne davon ausgegangen werden, dass Ältere einen entsprechenden Schutz besäßen.

Punkt 5.5: Erweitertes Angebot der Verbraucherzentrale NRW im Kreis Borken - Zwischennachricht

Herr Nießing berichtet, dass man entsprechend der Vereinbarung die Bürgermeister der Städte und Gemeinden im Kreis Borken angeschrieben habe. Im Hinblick auf die Sommerpause habe man als Frist den 30.09.2013 vorgegeben. Es hätten sich zwischenzeitlich 8 der 17 Bürgermeister gemeldet. Bezüglich der eingegangenen Antworten läge ein eindeutiges Votum vor. Es werde kein Bedarf gesehen.

Über das abschließende Ergebnis werde in der nächsten Sitzung des Ausschusses berichtet.

Punkt 5.6: Info-Tag "Betreuung - Pflege - Schwerbehinderung - Unterhalt"

Herr Nießing informiert darüber, dass am 09.11.2013 ein Info-Tag zu den Themen Betreuung, Pflege, Schwerbehinderung und Unterhalt stattfinden werde. Es sei dabei vorgesehen, die Öffentlichkeit über diese Bereiche allgemeinverständlich zu informieren.

Sobald der entsprechende Flyer vorliege, würde dieser den Ausschussmitgliedern zugesandt.

Punkt 6: Anfragen

Punkt 6.1: Bearbeitungszeiten bei Schwerbehindertenanträge

Herr Wethmar fragt nach, inwieweit sich die Bearbeitungszeiten bei den Schwerbehindertenanträgen verändert haben.

Herr Nießing entgegnet hierauf, dass sich die Bearbeitungszeiten geringfügig verlängert hätten.

Eine weitergehende Antwort ist als Anlage 3 der Niederschrift beigelegt.

Punkt 6.2: Personen ohne Krankenschutz im Kreis Borken

Frau Tanjsek fragt nach, ob und wie viele Personen im Kreis Borken keinen Krankenschutz besitzen und wie diese behandelt werden.

Frau Dr. Averkamp merkt hierzu an, dass es in Bocholt ein Projekt gebe, bei dem Asylbewerber oder Personen, die keinen Krankenschutz hätten, die Sprechstunde aufsuchen könnten. Die eingebundenen Ärzte würden ehrenamtlich arbeiten. Auch eine Einweisung ins Krankenhaus sei möglich. Dann würde jedoch das Sozialamt mit eingebunden. Die rechtliche Situation sei aber schwierig.

Eine Antwort auf die Anfrage ist als Anlage 4 der Niederschrift beigelegt.

Punkt 6.3: Hausärztliche Versorgung in Gescher

Frau Pohl erklärt, dass Berichten zu Folge in Gescher in nächster Zeit zwei Hausärzte ihre Praxen schließen werden. Da Gescher dem Mittelbereich Stadtlohn-Südlohn-Gescher mit einer Gesamtversorgung von 110% zugeordnet sei, selbst aber nur über eine 68%ige Versorgung verfüge, würde sich die Situation in Gescher dramatisch verschlechtern. Sie fragt nach, was man dagegen machen könne.

Frau Scherwinski antwortet darauf, dass die Stadt Gescher bei der Kassenärztlichen Vereinigung lediglich einen außerordentlichen Bedarf geltend machen könne. Die gleiche Antwort habe sie bereits Politikern aus Gescher gegeben. Die Kassenärztliche Vereinigung sei die Herrin des Verfahrens, mehr Einfluss könne man nicht nehmen.

Vorsitzende Büscher schließt die Sitzung um 18:50 Uhr.

Gez.

Gez.

Barbara Büscher
Vorsitzende

Jürgen Bietenbeck
Schriftführer